



An die Berliner Medien

Berlin, 20. Juli 2026

Rheinmetall in Berlin: Beschäftigte dürfen nicht zum Spielball der Rüstungsdebatte werden

IG Metall Berlin zur öffentlichen Debatte um den Standort der Rheinmetall Waffen Munitions GmbH in Berlin-Gesundbrunnen

Der Umbau des ehemaligen Pierburg-Werks in Berlin-Gesundbrunnen zu einem Produktionsstandort für Munitionskomponenten wird derzeit erneut öffentlich diskutiert und von Protesten begleitet. Die IG Metall Berlin respektiert die unterschiedlichen Positionen in dieser Debatte und stellt zugleich klar: Die friedenspolitischen Grundsätze der IG Metall und die Vertretung der Interessen der Beschäftigten gehören untrennbar zusammen. Die IG Metall bekennt sich in ihrer Satzung ausdrücklich zu Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und vertritt zugleich konsequent die Interessen ihrer Mitglieder.

„Unsere Satzung verpflichtet uns, uns für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzusetzen. Das ist ein unverrückbarer Grundsatz der IG Metall“, erklärt **Ines Beeck, Zweite Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Berlin**. „Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Die Kolleginnen und Kollegen haben nicht über die strategische Neuausrichtung ihres Unternehmens entschieden. Sie haben aber ein Recht auf sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und eine starke Mitbestimmung.“

Der Standort in Gesundbrunnen war über Jahrzehnte Teil der Automobilzulieferindustrie und von den tiefgreifenden Veränderungen der Branche betroffen. Nach rückläufigen Aufträgen und anhaltender Unsicherheit wurde die Entscheidung getroffen, den Standort künftig für die Fertigung mechanisch bearbeiteter Komponenten für Artilleriemunition zu nutzen. Explosive Stoffe oder fertige Munition werden dort nicht hergestellt.

Für die Beschäftigten bedeutet die Umstellung nach Einschätzung des Betriebsrats vor allem den Erhalt der Arbeitsplätze, Investitionen in den Standort sowie umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen. Der gesamte Prozess erfolgt tarifgebunden und unter umfassender Mitbestimmung.



„Die gesellschaftliche Debatte über Rüstung ist wichtig und notwendig“, so **Beeck**. „Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es, dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten dabei nicht aus dem Blick geraten. Sie dürfen nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzungen werden.“

Die IG Metall Berlin wird den Transformationsprozess am Standort weiterhin eng begleiten und sich für Tarifbindung, Mitbestimmung und die Interessen der Beschäftigten einsetzen. Gleichzeitig hält sie an ihrem friedenspolitischen Auftrag fest.

Für Rückfragen: Annika Schwarze, +49 171 1033 127, annika.schwarze@igmetall.de